S 2 RA 145/02

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Nordrhein-Westfalen
Sozialgericht	Sozialgericht Detmold
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	2
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 2 RA 145/02
Datum	29.03.2004

2. Instanz

Aktenzeichen	L 2 B 66/04 KR
Datum	11.10.2004

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Der Gerichtskostenstreitwert wird auf 8.000,00 Euro festgesetzt.

Gründe:

Im vorliegenden Verfahren ging es um die Frage der Statusfeststellung für zwei der Klägerin tätige Promotionskräfte.

Die Streitwertfestsetzung nach dem Gerichtskostengesetz (GKG) ist erforderlich. Gehört weder der Kläger noch der Beklagte zu den in [§ 183](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG) genannten Personen, werden gemäß [§ 197 a SGG](#) Kosten nach den Vorschriften des Gerichtskostengesetzes erhoben.

Weder die Klägerin, die geltend macht, dass die beiden Promotionskräfte selbstständig tätig sind, noch die Beklagte als Rentenanstalt gehören zu den in [§ 183](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG) genannten Personen, für die das Verfahren grundsätzlich gerichtskostenfrei ist, da sie nicht als Versicherte, Leistungsempfänger einschließlich Hinterbliebenenleistungsempfänger, Behinderte oder deren Sonderrechtsnachfolger das Verfahren betreiben. Ferner findet [§ 184 SGG](#) über die Erhebung von Pauschgebühren gemäß [§ 197a](#)

[Abs. 1](#), 2. Halbsatz SGG ausdrücklich keine Anwendung. Der Streitwert ist durch Beschluss festzusetzen. soweit eine Entscheidung nach [Â§ 24 Satz 1](#) Gerichtskostengesetz (Bestimmung des Zuständigkeitsstreitwertes) nicht ergeht oder nach [Â§ 24 Satz 2](#) nicht bindet, setzt das Prozessgericht den Wert für die zu erhebenden Gebühren fest, sobald eine Entscheidung über den gesamten Streitgegenstand ergeht oder sich das Verfahren anderweitig erledigt. Nach [Â§ 13 Abs. 1 GKG](#) ist der Streitwert vorbehaltlich der folgenden Vorschriften nach der sich aus dem Antrag des Klägers für ihn ergebenden Bedeutung der Sache nach Ermessen zu bestimmen. Bietet der bisherige Sach- und Streitstand hierfür keine genügenden Anhaltspunkte, so ist ein Streitwert von 4000,00 Euro anzunehmen. Konkrete Anhaltspunkte der Festsetzung oberhalb des Regelstreitwerts haben sich nach dem Sach- und Streitstand in Bezug auf jede der beiden Promotionskräfte nicht ergeben. Insbesondere liegt der Fall der wiederkehrenden Leistungen gemäß [Â§ 17 III GKG](#) vor. Da es sich jedoch um eine Klageaufung, nämlich die Statusfeststellung für zwei Promotionskräfte handelt, war der doppelte Regelstreitwert in Ansatz zu bringen.

Erstellt am: 04.05.2020

Zuletzt verändert am: 23.12.2024